

Verhandlungen zu Hygienekosten in der Sackgasse

KBV: "Vollkommene Unkenntnis der Situation in den Praxen"

Das hatten sich die Kassen und der Vorsitzende des Erweiterten Bewertungsausschusses (EBA) vermutlich leichter vorgestellt: Die Kassenärztliche Bundesvereinigung (KBV) hat die Vorschläge des Gremiums zur künftigen Vergütung der Hygienemaßnahmen und der Digitalisierungsfolgen in den Praxen in der heutigen Sitzung als völlig unzureichend komplett abgelehnt. Ohne Beschluss wurde die Sitzung daraufhin abgebrochen.



Gassen: „Umgerechnet 900 Euro würde es nun im Schnitt für die 100.000 Praxen in Deutschland geben.“

(c) änd-Archiv

„Es hat sich leider in aller Deutlichkeit gezeigt, dass die Krankenkassen vollkommen unbeweglich sind und an einer angemessenen Erstattung der Aufwände in den Praxen kein Interesse haben. Doch abspesen lassen wir uns nicht. Das haben wir heute deutlich gemacht“, erklärte Dr. Andreas Gassen, Vorstandsvorsitzender der Kassenärztlichen Bundesvereinigung (KBV), unmittelbar nach der Sitzung. „Der Zorn der niedergelassenen Kolleginnen und Kollegen wäre sonst groß gewesen. Und das zu Recht!“, kommentierte Dr. Stephan Hofmeister, stellvertretender Vorstandsvorsitzender der KBV in einer ersten Reaktion.

Nach Informationen des änd aus dem Umfeld des G-BA hatte der Vorsitzende des Gremiums – bekanntermaßen der Gesundheitsökonom Professor Jürgen Wasem – nach Sichtung der Vorschläge beider Seiten einen in seinen Augen gutes Kompromiss-Angebot gemacht: Die Einigung wäre auf ein Finanzvolumen von 90 Millionen Euro für Hygieneanforderungen hinausgelaufen – verknüpft aber mit genau 0 Euro für die Folgen der Digitalisierung in den Arztpraxen. Zur Verwunderung

Wasems sei die KBV aber nicht bereit gewesen, einen Kompromiss auf dieser Linie einzugehen. Überrascht und verärgert habe er die Sitzung dann ohne Beschlüsse beendet.

Der KBV-Vorstandsvorsitzende Dr. Andreas Gassen äußerte sich nach der Sitzung zum Angebot, das im Raum gestanden hatte: „Das eine ist die an sich lächerlich geringe Summe – von Ausgleich will ich hier erst gar nicht sprechen – für die hohen Hygieneaufwendungen der Ärzte. Das alleine ist schon äußerst ärgerlich. Der Gipfel aber ist die Unverfrorenheit, dies mit der nonchalanten Aussage zu verknüpfen, Mehrbelastungen der Digitalisierung seien durch wie auch immer geartete Einsparungen auszugleichen“, sagte KBV-Chef Gassen. „Das eine hat mit dem anderen nichts zu tun“, kritisierte auch KBV-Vize Hofmeister. „Zudem zeugt die Einstellung der Kassenseite, man könne Mehrbelastungen bei der Digitalisierung und dem Datenschutz durch angebliche Einsparungen ausgleichen, von vollkommener Unkenntnis der Situation in den Praxen“, fügte er hinzu.

Die Hygienekosten seien laut einer Umfrage des Zentralinstituts für die kassenärztliche Versorgung von 2018 ein hoher Kostenblock und lägen bei durchschnittlich 24.287 Euro. „Umgerechnet 900 Euro würde es nun im Schnitt für die 100.000 Praxen in Deutschland geben. Das ist die vermeintliche Wertschätzung der Krankenkassen dafür, dass die Hausärzte und Fachärzte akribisch gerade in Zeiten einer Pandemie die hohen Hygienestandards erfüllen, zum Schutze ihrer Patienten genauso wie für die Praxisteams und sich selbst“, so Gassen abschließend.

Beide Vorstände forderten den EBA auf, „endlich eine sachgerechte Lösung für das wichtige Thema Hygienekosten zu finden und der Hängepartie ein Ende zu bereiten.“ Ein Termin für erneute Verhandlung steht noch nicht fest.

17.03.2021 19:00, Autor: js, © änd Ärztenachrichtendienst Verlags-AG

Quelle: <https://www.aend.de/article/211107>